

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „reihen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

### Mundschan.

Berlin, 19. April.

Auch bis heute ist in Deutschland in der Habsburg-Hohenzollern'schen Situation keine erhebliche Veränderung eingetreten. Hinsichtlich der diplomatischen Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten steht jetzt fest, daß nur Eine Habsburgische Note, die vom 7. April, welche in der „Cob. Ztg.“ veröffentlicht wurde, existirt. Aus dieser Note aber geht deutlich hervor, wie weit die Spannung zwischen dem Wiener und Berliner Kabinet getrieben ist. An ein Nachlassen dieser Spannung in Folge einer am 15. d. von hier abgegangene Hohenzollern'schen Note, welche die Habsburgische vom 7. d. beantwortet, ist selbstverständlich nicht zu denken. Die „Nat. Ztg.“ ist abermals dazu auserselben worden, den Wortlaut jener neuesten Note zu veröffentlichen. Dieselbe hebt namentlich die zugestanden Dislocationen österreichischer Truppen in der Nähe der preussischen Grenze hervor, wodurch die Hohenzollern'schen Defensivmaßregeln veranlaßt worden seien. Wenn Graf Mensdorff, nachdem das Wort des Kaisers bekräftigt habe, daß kein Angriffskrieg seitens Oesterreichs beabsichtigt werde, die getroffenen Militärmaßregeln aufrecht erhalte, so sei Preußen nicht zuzumuthen, daß nach dem eben so klaren Wort seines Königs diejenigen Anordnungen zurückgezogen werden, welche durch die Maßregeln Oesterreichs hervorgerufen wurden. Daher, heißt es am Schlusse, ist es an der Regierung des Kaisers, die Initiative für die Herstellung des status quo ante zu ergreifen, wenn sie die Gegenseitigkeit abgegebener Erklärungen auf die thatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünscht. Außerdem bemerkt die Note, über die Form der Depesche vom 7. April hinweggehen zu wollen, welche von Habsburgs friedlichen Absichten keinen Beweis gebe. Was die Habsburgische Depesche von den persönlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten sagt, wird nachdrücklich bestritten. Das Hohenzollern'sche Kabinet weist die Verantwortlichkeit zurück, welche das Habsburgische durch eine Zusammenstellung von Gerüchten und Vermuthungen gegen dasselbe erheben wolle. Solche Gerüchte und Behauptungen sollten Habsburgs militärische Vorkehrungen rechtfertigen. Wenn Habsburg diese bestreite, so geschehe es in so unbestimmter und elastischer Form, daß die Situation keineswegs in präciser Weise bezeichnet werde. Angesichts dieser Umstände und des den österreichischen Zeitungen officiell befohlenen Geheimnisses halte sich das

Hohenzollern'sche Kabinet an den Dislocationen der Truppen in Böhmen, welche die Depesche vom 7. April zugebe. Dies habe Hohenzollern'sche defensiv Vorkehrungen veranlaßt. Die Depesche erwähne nichts von einer Rücknahme der Maßregeln. Die Mobilisierungsordre Preußens sei nirgends erschienen, kurz, das Hohenzollern'sche Kabinet könne seine Maßregeln nicht zurücknehmen, so lange die Gründe, welche sie hervorgerufen, fortbestehen. — Der officiöse Correspondent der „Hamb. Nachr.“ bringt folgende Enthüllung:

Alle Actenstücke, welche den Gang der preussisch-österreichischen Verhandlungen seit der preussischen Note vom 26. Januar bezeugen, sind auf Oesterreichs Veranlassung veröffentlicht worden, nur das allerwichtigste nicht: die österreichische Circulardepesche vom 16. März, jene Depesche, in welcher Oesterreich die deutschen Bundesregierungen mit Ausnahme Preußens auffordert, Preußen in der Schranke des Art. 11 der Bundesacte zu halten und zu diesem Zweck die vier Bundesarmee-Corps, welche nicht den beiden Großmächten im Bunde angehören, auf den Kriegszug zu stellen. Diese Depesche vom 16. März, verbunden mit den starken gleichzeitigen Truppenvorstellungen nach Böhmen, bezeichnet nämlich den Uebertritt der preussisch-österreichischen Differenz aus dem diplomatischen in das militärisch-demonstrative Stadium. Warum auch will man zu Wien mit jener Depesche hinter dem Berge halten? Glaubt man, sie sei der preussischen Regierung unbekannt geblieben? Dies wäre eine allzu un diplomatische Voraussetzung. Die öffentliche Meinung aber hat von jenem Actenstücke bereits so viel vernommen, daß das Verschweigen desselben über seinen Character nur unglückliche Vermuthungen aufkommen lassen kann. Also im Interesse der österreichischen Politik: an's Licht!

Daß unter solchem Notenwechsel der Diplomatie der Ton, welchen die dies- und jenseitigen Officiösen gegen einander anstimmen, den Grad der Glühbige erreichen muß, wie dies wirklich der Fall, ist nicht sehr zu verwundern, und die neueste hiesige „Prov. Corr.“ steht darin hinter den österreichischen Blättern nicht im Geringsten zurück, sondern nimmt den Mund voller als jemals. Und nichtsdestoweniger wünscht man auf beiden Seiten nichts fehnlicher, als die Erhaltung des Friedens, da man recht wohl weiß, daß es sich bei dem Kriege um „Sein oder Nichtsein“ handeln würde. Daß Habsburg im Grunde seiner finanzerrüttelten Seele recht friedlich gestimmt ist, scheint schon aus seiner Stellung zum Bismarck'schen Bundesreformantrag hervorzugehen. Im Princip ist es nämlich bekanntlich vollständig mit dem Hohenzollern'schen Kabinete einig; doch besteht es darauf, in seine Verhandlungen einzugehen, bevor nicht die gegenseitigen Rüstungen eingestellt seien, und eine Berufung des Parlaments erst zugeben zu können, wenn eine vollständige Einigung erzielt sei. Dagegen dürfte es an nicht unerheblichen Differenzen, wenn man erst nur so weit wäre, selbstverständlich nicht fehlen. Das Schwierige bei der ganzen Geschichte ist vorläufig eben nur die Frage, wer mit den „Abrüstungen“ den Anfang wird machen wollen; wöjn das Hohenzollern'sche Kabinet keine

Luft zu verschleuen scheint. — Ueber die Haltung der Mittelstaaten wird der „Magdeb. Ztg.“ angedeutet, daß dieselben zwar nicht im Auftrage, aber doch unter der vorherigen Zustimmung Habsburgs und Hohenzollerns gehandelt hätten, als sie den Eintritt in die Verathung der Bundesreformvorschläge von der vorhergegangenen Einstellung aller Kriegsrüstungen abhängig machten. — Der Herzog von Coburg soll seine Friedensvermittlungsversuche noch immer betreiben und, nachdem er neulich in München hauptsächlich mit Herrn v. Barnhäbler (dem württembergischen Minister) verkehrt, demnächst nach Berlin kommen, was nur ein wenig unwahrscheinlich klingt. — Dem von Herrn v. Bismarck einzuberufenden deutschen Parla mente soll auch ein Vorschlag, betreffend die Gründung einer deutschen Flotte unter Hohenzollern'scher Führung, vorgelegt werden. Diesem Plane liegt die Erkenntniß zu Grunde, daß selbst zur Gründung einer Flotte zweiten Ranges, wie sie in der Vorlage an das preussische Abgeordnetenhause vom Jahre 1865 skizzirt ist, die preussischen Finanzen allein nicht hinreichen. In competenten Kreisen erklärt man nämlich die in jenem Gründungsplan enthaltenen Kostenanschläge für durchaus unzulänglich und selbst dem Minimum sowohl der einmaligen wie der dauernden Ausgaben nicht entsprechend. — Die „Kreuztg.“ fährt fort, ihren „eminent conservativen“ Lesern die revolutionär scheinenden Pläne des preussischen Staatsmannes plausibel zu machen. Ihre gestrige Nummer enthält einen höchst interessanten Artikel, als dessen Verfasser der in jüngster Zeit zum vortragenden Geheimen Rath im Staatsministerium ernannte Führer der conservativen Partei, Herr Wagener, genannt wird, einen Artikel, welcher sich eingehend über den vorgeschlagenen Wahlmodus verbreitet. Wir heben daraus die nachstehenden, besonders bemerkenswerthen Stellen hervor:

Gewiß ist das allgemeine directe Wahlrecht nicht die vollkommenste Form, um daraus eine Volksvertretung entstehen zu lassen. Insbesondere wär können denjenigen nur beitreten, welche eine, der natürlichen Gliederung des Volkesebens entsprechende ständische Grundlage des Wählens begehren.

Leider aber wissen wir unsrerseits zur Zeit keine befriedigende Antwort auf die Frage, wo und welches die „Stände“ sind, die man einer Wahlgesetzgebung zum Grunde legen könnte und sollte, oder woher man sonst in der Kürze eine derartige Organisation zu beschaffen gedenke.

Außerdem wird darüber kein Streit obwalten, daß Nichts weiter als von einer „ständischen Vertretung“ liegt, als das gegenwärtige Census-Wahlssystem mit Wahlmännern. Dies Wahlssystem ist nichts Anderes, als die Repräsentation des Geld- Capitals mit dem läugerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geld-Aristokratie, welche alles Häbere- und Edelere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht und, ohne die wahren und realen Interessen des Volkes auch nur mit einem Fin-

ger anzurühren, sich lediglich mit den Macht-  
regeln des „constitutionellen Ratten-Königs“  
berumschlägt.

Wir wollen hierbei kein entscheidendes Gewicht dar-  
auf legen, daß gegenüber der allgemeinen Militärpflicht  
das allgemeine Stimmrecht als ein schwer abzuweisendes  
politisches Correlat erscheint, und daß jedenfalls — um  
die bekanteten Anordnungen zu wiederholen — die Blutsteuer  
eben so schwer wiegen sollte als die Gewerbesteuer.

Der Artikel schließt:

Außerdem aber kann man nach den Erfahrungen der  
Geschichte kaum zweifelhaft sein, daß das allgemeine  
Stimmrecht bei richtiger Handhabung wesentlich conser-  
vativ und monarchischer ist, als das privilegierte Wahl-  
recht einer bevorzugten Minorität. Die Masse der  
Bevölkerung kann eben einer starken Central-  
gewalt niemals entbehren und beansprucht auch  
eine solche — während es die „glücklich situir-  
ten Minderheiten“ sind, welche in jeder Staats-  
form der Versuchung unterliegen, die Gewalt  
in ihre Hände zu bringen.

Was uns anbetrifft, so müssen wir die erstrebte  
„natürliche (!) ständische Gliederung“ nur als einen  
frommen Wunsch der Conservativen bezeichnen, der  
schwerlich jemals Aussicht auf Verwirklichung haben  
dürfte, können uns aber nur darüber freuen, daß  
man in jenen Regionen, wenn auch mit anderen  
Hoffnungen und Absichten als die unsrigen, eine  
Bahn zu schaffen mit thätig ist, auf welcher die  
Anforderungen der Zeit sich geltend machen können  
und das Volk in den Stand gesetzt wird, allmäh-  
lich seine natürlichen Rechte zu reclamiren. Wie  
die Kreuzzeitungs-Partei das Bismarck'sche Parla-  
mentsproject und das allgemeine Stimmrecht auf-  
schiebt und aufweist, so können glaubt, geht aus  
einem, dem Anschein nach von anderer Seite her-  
vorkommenden Artikel ihrer heutigen Nummer hervor,  
in welchem es u. A. heißt:

Indessen, was die directe Wahl anbetrifft, so ist  
zunächst zu bemerken, daß die preussische Regierung we-  
nigstens nicht gemeint ist, hiermit den demokratischen  
Wohne eine Concession zu machen, im Gegentheil, wie sie  
in den Motiven es selbst betont, diese Form der Wahl  
bewegen vorschlägt, weil sie dieselbe für das conser-  
vative Prinzip förderlicher erachtet, als irgend einen  
anderen, auf künstlichen Combinationen beruhenden Wahl-  
modus. Es fragt sich also, ob die preussische Regierung  
hierin etwa irr. Nun denn, wenn wir nach den Erfol-

gen und der Wirkung des in Preußen seit 1849 in  
Uebung stehenden Wahlmodus zum Abgeordnetenhaus  
mit gebrochenen (indirecten) Wahlen — derart, daß die  
stimmberechtigten Staatsbürger in ihren Wahlbezir-  
ken erst Wahlmänner, und diese Wahlmänner dann  
die Abgeordneten des Landtags wählen, — zu urtheilen  
haben, so werden wir uns des Eingeständnisses nicht er-  
wehren können, daß es dieser Wahlmodus und gerade  
dieser gebrochene Wahlmodus ist, der, in Verbindung mit  
der demokratischen Agitation und Einwirkung der Presse,  
dem Abgeordnetenhaus, seit den letzten 8 Jahren we-  
nigstens, eine immer zahlreicher und intensiver entsehe-  
nend auftretende, alle anderen politischen Parteien zur-  
drängende Majorität der demokratischen Partei  
zugeliefert hat. So daß von einer Mäßigkeit der ge-  
brochenen (indirecten) Wahl für das conservative  
Prinzip bei uns längst nicht mehr die Rede ist.

Die „Kreuzzeitung“ denkt und der Zeitgeist lenkt.  
Dies ist der Unterschied. — Curiositäts halber wol-  
len wir noch der Electrificationsversuche an einem  
Leichname, dem ultraconservativen großdeutschen Re-  
formverein, Erwähnung thun, der seinen gewohnten  
Winterschlaf gehalten und eben angefangen hat, zu  
gähnen. Auch wir gähnen bei Lesung seines Flug-  
blattes vom 9. April, in welchem es über die  
augenblickliche politische Lage heißt: „Kein Krieg  
zwischen Bundesgenossen: treue Beachtung und  
Uebung von Bundesrecht und Bundespflicht im  
Streite Oesterreichs und Preußens sowohl, als in  
dem der Herzogthümer, keine bundesverrätherische  
und Deutschland verderbende, lahme und feige  
Neutralität, Bundesreform, wäre es vorerst auch  
nur Volksvertretung am Bunde, — das ist das  
Lösungswort jedes deutschen Mannes u. s. w.“ Da  
wir eben bei Leichnamen sind, sei auch gemeldet,  
daß die nächste Sitzung des Bundestages auf  
Sonnabend verschoben wurde und mathematisch die  
Ernennung eines besonderen Ausschusses für den  
preussischen Antrag in derselben erfolgen wird.  
Auch dürfen wir nicht vergessen, daß der „bis an  
das Ende aller Tage“ fortbestehende Welfenstaat  
Hannover in dem Organ seines Ministeriums, in der  
„Nordsee-Ztg.“, in der Bundesreform zwar ein  
gutes Mittel zur Ausgleichung des Streites zwischen  
Habsburg und Hohenzollern erkennen will, aber  
vor der Zustimmung sich entsetzt, das directe Wahl-  
system mit allgemeinem Stimmrecht billigen zu

soßen, das ihm sehr unconservativ und revolutionär  
vorkommt. Die Forderung directer Wahlen mit  
allgemeinem Stimmrecht ist ein Postulat der De-  
mokratie, ein Appell an die Revolution, es ist die  
Forderung des Prinzips von 1789. Ist es con-  
servativ gedacht, den Trübel der Verwirrung zum  
Chaos zu gestalten und von diesem Chaos die  
Neuconstitution der Nation auf ein unbestimmtes  
Etwas hin, auf eine erst noch zu formulirende  
Bundesreform zu erwarten? Der Antrag ist ver-  
sänglich zur Mittheilung an die einzelnen Regierun-  
gen vom Bundestag bestimmt. Hoffen wir, daß  
die Bundes-Regierungen diese Appellation richtig  
verstehen werden; und wir unferneiths können uns  
bei dem guten Glauben, den wir von Preußens  
bundesfreundlichen und rechtlichen Absichten hegen,  
nicht der Ansicht entschlagen, daß Preußen durch  
diesen Antrag nur den übrigen Bundes-  
staaten Gelegenheit geben will zur bun-  
desfreundlichen Vermittelung zwischen  
ihm und Oesterreich.“ Da ist doch die „Kreuz-  
zeitung“ vernünftiger, welche gesagt hat: „Bundes-  
reform oder Revolution.“ — Zum Schluß wollen  
wir noch einige Friedenstauden schießen lassen, welche  
in der officiellen mittelstaatlichen Presse aufsteigen.  
Mit Bezug auf eine Dresdener Correspondenz der  
Frankfurter „Postzeitung“, in welcher behauptet  
wurde, das kaisliche Cabinet gehe mit dem bayeri-  
schen in der deutschen Frage Hand in Hand, und  
sei bereits ein Programm zwischen den beiden Re-  
gierungen vereinbart worden, das in Wien bekant  
und gebilligt werde, bemerkt nämlich der „Staats-  
anzeiger für Württemberg“:

Wir ergreifen gern die Gelegenheit zu der Erklärung,  
daß auch wir allen Grund haben, die obige Darstellung  
der Sachlage für vollkommen begründet zu halten.

Ferner ist der „Staatsanzeiger“ für Württem-  
berg „aus zuverlässiger Quelle“ in den Stand ge-  
setzt, die Antwort des Habsburgischen Cabinets  
auf die unlängst auch von uns erwähnte, zum Frie-  
den ruhende englische Depesche Russel's in ihrem  
Wortlaute zu veröffentlichen. In derselben heißt  
es u. A.:

Oesterreich hat ebenso wenig den Wunsch, den Frie-  
den Europa's zu brechen, wie England; es beschränkt

## Feuilleton.

### An Hermann Semmig in Orleans.\*)

Dem Vaterlande hast Du fed gesungen,  
Dem ein'gen Vaterland, dem freien, großen,  
Und was Du voll in Liebesform gegossen,  
Ist wiederhallend in mir nachgelungen.

Doch ach, viel Heldenblut ist schon gekossen  
Von unsern Vätern, die das Schwert geschwungen  
Für's Vaterland, und dennoch nicht erungen  
Ein Stückchen Vaterland für ihre Sprossen!

Wo giebt es Vaterland für uns Heloten?  
Was würde uns für solchen Kampf geboten,  
Die wir die Pant zu Markte tragen müßten?

Kein Fleckchen Erde eigen unsern Todten!  
Will's uns nach eig'nem Vaterland gelüsten,  
Kenn man uns hinverbrannte Communisten!  
Hamburg, im April. — f.

### Aus dem Wiener Leben.

Wir theilen in Nachstehendem unseren Lesern eine  
Wiener Correspondenz der Augsburger „Allg. Ztg.“ mit,  
welche die angeblich in Wien herrschende antipreussische  
Stimmung sehr drastisch characterisirt und auch sonst ein  
sehr sprechendes Spiegelbild der Atmosphäre ist, welche  
im gegenwärtigen Augenblicke über der Habsburgischen  
Hauptstadt liegt.

Der betreffende Correspondent schreibt:  
Die Sünden der Diplomaten sollen heimgejagt wer-  
den an ihren Nachfolgern! Niemand empfindet die  
Schärfe dieses Satzes tiefer als Graf Mensdorff-Pouilly,  
den ein höherer Wille von seiner friedfertigen Feldmar-  
schall-Pflichten Stelle abrief und auf den narbigen  
Wachposten der auswärtigen Politik commandirte. Da  
steht er nun, und muß ernten, was Graf Rechberg ein-  
sätet. Die Folgen der österröisch-preussischen Allianz  
der Postzug Oesterreichs vom Bunde, der Condemnation

von Gastein, sind nun da. Es gab schon vor zwei  
Jahren Leute genug in Oesterreich, die genau vorhergesag-  
ten, daß es so kommen werde; aber sie waren weder  
hochgeboren, noch in Aemtern grau geworden, sie waren  
nur Volksvertreter und Journalisten; man achtete daher  
wenig auf ihre Meinung. Im seligen „Völkchen“  
waren Tag für Tag die eindringlichsten Warnungen zu  
lesen; aber die hohe Weisheit des Grafen Rechberg klüm-  
merte sich nicht um das Neue Tadel, welches ihm aus  
jedem Artikel entgegenflammte. Er säte, aber zu spät,  
und sein System überlebte ihn nur Monate. Schöne  
Seelen finden sich, und darum schlagen auch die Herzen  
des Herrn v. Bismarck und des Grafen Rechberg stets  
für einander. Sie wollten beide die Reaction; der Herr  
auf Schönhausen die grobe, der Herr von Rothenlöwen  
die schlechtere: der eine wollte die Freiheit zerretzen,  
der andere sie zernagen. Und so gründeten sie das famose  
Compagnie-Geschäft, in welchem Graf Rechberg die Rolle  
des stillen Gesellschafters spielte. Die Insolvenz der  
Firma stellte sich bald heraus, und um das Deficit zu  
verheimlichen, will man nun seine Bücher verbrennen,  
und zündet zu diesem Zweck das Haus an, worin man  
wohnt.

Wir stehen am Vorabend des deutschen Bürgerkriegs.  
Das blutige Gewissen, das preussischerseits schon 1863  
berauschsworen ward, steht mitten unter uns, und streckt  
die langen dünnen Arme nach seinen Opfern aus. Es  
wird kostbares Blut in diesem Kampfe fließen, und über  
jede Schlacht, gleichviel wer Sieger bleiben mag, wird  
man weinen müssen. Aber ebe wieder ein faules Ueber-  
einkommen, wie jenes von Gastein, deutsche Volksrechte  
preußigt, und die tiefe Kluft zwischen Oesterreich und  
Preußen mit einem morschen Steg überbrückt, der keinen  
Dast für die Gegenwart, kein Vertrauen in die Zukunft  
gewährt, eber mag das Schwert entscheiden. Es ist  
namenlos traurig, daß es so weit kommen mußte, und  
die es verschuldet haben, werden in Wahnsinn und Ver-  
zweiflung enden, wenn es eine Vergeltung giebt. Aber  
der Augenblick will Männer, und Männer müssen Partei  
nehmen. „Die Welt, die Waibling“ — in einem Lager  
muß man stehen. Oesterreich hat es in seiner Hand, die  
Besten des deutschen Volks auf seine Seite zu ziehen,  
wenn die blutige Entscheidung sich nicht mehr vermeiden  
läßt. Der Krieg gegen Preußen muß in einen Bundes-  
einen Volkskrieg verwandelt werden; das deutsche Parla-  
ment, mit dessen Einberufung Graf Bismarck coletirt,

muß Oesterreich auf sein Banner schreiben; und dann,  
wenn man es in Berlin durchaus nicht anders haben  
will, in Gottes Namen drauf mit fliegenden Fahnen!  
Mit wem das deutsche Volk in den Kampf geht, der wird  
siegen. Das deutsche Nationalabwünschen mag es tief  
beklagen, daß ein mächtiger, kernhafter Teil der Nation  
in Feindschaft gegen die eigene Mutter wüthet, aber  
Deutschlands schümmeriger Gegner ist nun einmal das  
officielle Preussentum. Seit einem Jahrhundert bohrt  
und frist dieses offizielle Preussentum im deutschen  
Volkskörper; es rebellirte gegen Kaiser und Reich, es  
vertrieb beide im Basler Separatfrieden, liebängelte auf  
dem Wiener Congreß mit dem Ausland, gebar Herrn  
v. Kamph, belohnte den deutschen Patriotismus in  
Köpenick und vernichtete zweimal die Hoffnungen auf  
eine Einigung Deutschlands. Die alten Westtradition-  
en sind auf das Haus Hohenzollern übergegangen,  
und nun schlägt man in Berlin an das Schwert und  
fordert den alten lange begrabenen Haß aus seiner Gruft.  
Rehmt euch in Acht, ihr Herren an der Spree, daß er  
nicht wirklich aufsteht in seiner ganzen riesigen Größe;  
ihre Kuntel vor ihm einfallen wie Faust vor dem Erd-  
geiß, trotz eurer Rindnadelgewehre und der „eleganten“  
Eroberung von Düssel! Es giebt gute Schibellinen im  
Sälden, und wir müßten euch, wenn ihr kommt, um  
uns den knappen preussischen Soldatenrock als alleinselig-  
machende Tracht anzudrängen, Gewehr im Arm ent-  
gegenzufen: Lieber kaiserlich sterben, als preussisch ver-  
derben!

So denkt man in Wien, in Oesterreich; so ist die  
Stimmung der Bevölkerung. Es herrscht Einmüthigkeit  
und Entschlossenheit wie niemals. Wir wissen, daß die  
Ungleichsichtigkeit unserer Diplomaten ein großer Teil  
der Schuld trifft, wir wissen, daß wir kein Geld haben,  
aber wir sehen der Entwicklung der Dinge ruhig ent-  
gegen. Niemand ist verzagt, Niemand wünscht den Krieg,  
aber nicht eine Stimme wird laut, welche Oesterreich  
Nachgiebigkeit und die Erfüllung der preussischen For-  
derungen anzurathen wage. Nicht eine? Doch ja,  
eine sang in dieser Tonart; sie gehörte Herrn Kepp vom

\*) Siehe in Nr. 82 des „Social-Demokrat“ das Ge-  
richt „Deutsche Oftern“.

\*) Wir bringen Obiges als einen Beleg für die jetzige  
gereizte Stimmung in Oesterreich, ohne mit der bisto-  
rischen Ansicht des Herrn Correspondenten über Preußen  
unsererseits übereinzustimmen.  
Ann. d. Red. d. „Allg. Ztg.“